

GASTBEITRAG

Was für einen neuen Sozialstaat nötig ist

Das SPD-Konzept zur Überwindung von Hartz IV enthält viele sinnvolle Schritte. Doch die Reform geht nicht weit genug und bleibt vage.

Das von den sozialdemokratischen Führungsgremien unter dem Titel „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit“ beschlossene Konzept für einen neuen Sozialstaat enthält viele sinnvolle Maßnahmen, etwa den Ausbau der Brückenteilzeit und einen Rechtsanspruch der Beschäftigten auf mobiles Arbeiten, Homeoffice und Nichterreichbarkeit sowie auf Weiterbildung. Auch die Notwendigkeit einer Qualifizierungsgarantie für Menschen, deren Job durch den technologischen Wandel gefährdet ist, und die Forderung nach einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung leuchten ein.

Trotzdem ist der SPD kein großer Wurf gelungen, weil ihre Reformvorschläge nicht weit genug gehen oder an vielen Stellen vage bleiben. So richtig beispielsweise die Forderung einer Stärkung der Tarifbindung ist, weil ihr nicht einmal mehr die Hälfte der Unternehmen unterliegen, so wichtig wäre es, die Leiharbeit zu verbieten oder strenger zu regulieren sowie Mini- und Midijobs in sozialversicherungsspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln.

Durch die „Agenda“-Reformen der rot-grünen Koalition ist nämlich ein breiter Niedriglohnsektor entstanden, der fast die Hälfte aller Beschäftigten umfasst und das Haupteinfallstor für Familien- und Kinderarmut, aber auch für spätere Altersarmut ist.

Mit der Einführung von Hartz IV war eine Pauschalierung der Regelsätze verbunden, die jetzt Regelbedarfe heißen und mit 424 Euro im Monat für einen Allein-stehenden zu niedrig sind, um in Würde leben, sich gesund ernähren und ordentlich kleiden zu können.

Was bisher „Arbeitslosengeld II“ hieß, obwohl es über eine Million Menschen erhalten, die gar nicht arbeitslos sind, vielmehr so wenig verdienen, dass sie von ihrem Lohn nicht leben können, will die SPD in „Bürgergeld“ umbenennen, ohne den Zahlbetrag zu erhöhen. Ein wohlklingender Name macht allerdings nicht satt, sondern muss den Betroffenen als Hohn erscheinen.

Nicht revidieren wollen die Sozialdemokraten, dass Hartz IV ohne Berufs- und Qualifikations-schutz auskommt, also eine medizinisch-technische Assistentin im Getränkemarkt und ein Betriebstechniker als Pförtner arbeiten müssen, wenn das Jobcenter es will und sie nicht ihren Anspruch auf Unterstützung verlieren wollen. Auch von einer Rück-

nahme der strengen Zumutbarkeitsregelungen für die Arbeitsaufnahme ist im SPD-Beschluss keine Rede. Demnach müssen Bürgergeld-Bezieher weiterhin jeden Job annehmen, auch wenn er weder nach Tarif noch ortsüblich entlohnt wird.

Durch ihr Erneuerungskonzept für den Sozialstaat haben die Sozialdemokraten weder mit Hartz IV noch mit dem Motto „Fördern und Fordern“ gebrochen, wie ihnen CDU, CSU und FDP vorwerfen, sondern dessen ersten Bestandteil inhaltlich präzisiert und nicht mehr bloß proklamiert, während sie am zweiten Grundsatz festhalten.

Zwar hat sich die rigide Sanktionspraxis der Jobcenter ebenso wenig bewährt wie die den Leistungsberechtigten oktroyierte Eingliederungsvereinbarung, die durch eine „Teilhabevereinbarung“ abgelöst werden soll. Trotzdem will die SPD nur „sinnwidrige und unwürdige“ Strafmaßnahmen abschaffen, also die Total-sanktionierung (vollständiger Transferleistungsentzug sowie die Verweigerung der Übernahme von Miet- und Heizkosten) und die härtere Sanktionierung von unter 25-Jährigen beenden, nicht jedoch alle das Existenzminimum gefährdenden Sanktionen.

Der sanktionsbewehrte Zwang zur Erwerbstätigkeit könnte im Sozialstaat der Zukunft durch eine moralische Pflicht zur Erwerbstätigkeit für alle Personen ersetzt werden, die dazu aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation, ihrer gesundheitlichen Verfassung und ihrer psychischen Konstitution fähig sind. Unter den genannten Voraussetzungen arbeiten die Menschen, um sich selbst zu ver-wirklichen, sich nützlich zu machen und/oder der Gesellschaft etwas zurückzugeben.

Auf keinen Fall plant die SPD mit dem Papier „die Beerdigung der sozialen Marktwirtschaft“, wie Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier meint. Denn diese braucht einen großzügigeren Sozialstaat, um ihrem Namen gerecht werden zu können.

Dass sich die SPD auf neue Arbeitsmodelle im digitalen Plattform- und Finanzmarktkapitalismus einstellt, ist gut, ob ihre Leitidee der Sozialpartnerschaft dafür noch taugt, aber mehr als fraglich. Eher sieht es so aus, als hätte die Kapitaleite den sich in Mitbestimmungsregelungen, Arbeitszeitgesetzen und sozialen Mindestnormen manifestierenden Klassenkompromiss im Über-schwang der erfolgreichen neoliberalen Konterrevolution aufgekündigt.



Christoph Butterwegge lehrte bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zuletzt wurde sein Buch „Krise und Zukunft des Sozialstaates“ neu aufgelegt.

KOLUMNE

Dunkle Wolken



Viele schlechte Nachrichten nehmen wir hin. Es wird Zeit für mehr positive Emotion und kontroverse Debatten.

Von Richard Meng

Es stimmt wohl, wir stumpfen ab. Sogar die Aufregung über Donald Trumps tägliche Twittererei ist zurückgegangen, man hat ja das Gefühl: Im realen Leben hat es bislang nicht viel geändert. Der Brexit? Es ist immer noch irgendwie unwirklich, dieses sehr reale Datum. Aber das ist längst nicht alles.

Dunkle Wolken, wohin man schaut. Die Aufkündigung von Abrüstungsabkommen? Der sogenannte Handelskrieg USA mit China? Die rechten Regierungen in Ungarn, Österreich und Italien? Die sehr ungewisse Zukunft der Autoindustrie? Das „Milliardenloch“ im Bundeshaushalt? Früher hätte eines der vielen Themen gereicht, um die Republik aufzuregen. Heute sind es Tagesnachrichten, die niemandem an die Seele gehen.

Es liegt auch daran, dass es kompliziert geworden ist, zu erkennen, um was es wirklich zu kämpfen lohnt. Die großen Themen sind komplex und schwer beeinflussbar. Es ist – siehe: Klima – mehr die Sehnsucht nach einem guten eigenen Gefühl, das die Engagierten antreibt, als echte Gewissheit über Wirkung im globalen Maßstab. Es ist manchmal schon schwer zu erkennen, was große Trends sind und was nur kleine Problemchen.

Die Meldung, dass im Bundeshaushalt bis 2023 rund 25 Milliarden Euro fehlen, war so ein Fall. Einwand 1: Für die öffentliche Debatte immer viele Jahre zusammenzuzählen und so auf horrenden Zahlen zu kommen, ist verzerrend und ärgerlich. Einwand 2: Es gibt überhaupt noch keinen Bundeshaushalt über das Jahr 2019

hinaus. Der Finanzminister wollte ausaubefreudige Ressorts nur frühzeitig einschüchtern. Einwand 3: Was da jetzt prognostiziert wird, ist ein Weniger an Zuwachs bei den Steuereinnahmen, kein echtes Minus. Bedenkpunkt 4 indes: Vielleicht ist es jetzt doch die lange erwartete Trendwende hin zu weniger Wachstum, das würde vieles ändern.

Es ist oft so, dass solche großen Linien erst später erkannt werden. Goldene Jahre, bleierne Jahre, magere Jahre: Die Attribute werden hinterher verliehen. Wenn man eine Zeit gerade erlebt,

spürt man es so noch nicht. Also: Was ist das jetzt für eine Zeit? Eine, in der allerorten die dunklen Wolken auftauchen, ohne dass es wirklich stürmt. Man kann sich nicht mal sicher sein, ob der Sturm überhaupt kommt. Oder, ob er vielleicht gerade anfängt.

Menschen haben die Gabe, sich mehr mit dem Alltag zu beschäftigen als mit wolkigen Zeitgeistanalysen. Schlimm, wenn es umgekehrt wäre. Wahrscheinlich ist es das, was abstumpfen lässt, wenn Nachrichten über große Bedrohungen und wirre Politik nicht enden und doch irgendwie abstrakt bleiben. Und dies – bis hin zu Wahlkämpfen – dazu führt, dass sich hinterher alle fragen, wieso diese großen Fragen, die doch rückblickend offensichtlich sind, nur eine so kleine Rolle gespielt haben.

Mal sehen, wie es beim Europawahlkampf wird. Eigentlich gehören die großen Fragen ins Zentrum. Entweder europäische Werte, europäischer Zusammenhalt, neue Konsequenz bei den sozialen und klimapolitischen Themen – oder die Illusion der Rückwendung zum Nationalen. Dies breit und engagiert zu debattieren, bräuchte aber die echte Erwartung, dass sich etwas bessern kann. Sonst fehlt die Lust am Richtungstreit.

Ist all die Abgestumpftheit nur gefühlt oder schon echt? Es wird Zeit für mehr positive Emotion. Positiv im Sinne von: was bewegen wollen. Sonst freuen sich die Angstmacher.

Richard Meng ist freier Autor und Kuratoriumsvorsitzender der Karl-Gerold-Stiftung.



LEITARTIKEL

Abgeschmiert

Mit dem Airbus 380 sollte der Gigantismus beendet werden, mit dem Politiker und Manager zwar Beeindruckendes schaffen können, aber letztlich viel Geld verschwenden. Das braucht niemand.

Vor gut 14 Jahren erlebte die Welt einen Bundeskanzler im Zustand der gesteigerten Euphorie. Angesichts des erstmals der Öffentlichkeit präsentierten A380 sagte Gerhard Schröder (SPD) im Januar 2005: „Es mag sein, dass wir nach den Sternen – industriepolitisch – gegriffen haben.“ Aber die europäische Luftfahrtindustrie habe nun „wesentliche Teile in der Hand“. Inzwischen stellt sich die Frage, ob es industriepolitisch ein Griff ins Klo war. Denn der scheidende Airbus-Chef Tom Enders hat das vorzeitige Ende des A380 bekanntgegeben. 2021 wird der letzte Riesenflieger ausgeliefert.

Zugegeben, das Passagierflugzeug gehört zu den erstaunlichsten technischen Gerätschaften auf Erden. Die Maschine ist in der

Lage, trotz eines maximalen Gesamtgewichts von 590 Tonnen von einer Startbahn abzuheben. Dafür braucht es vier riesige Triebwerke und eine Flügelspannweite von knapp 80 Metern.

Doch genau die beeindruckenden Dimensionen und die damit verbundene Hybris von Managern, Politikern und Ingenieuren sind die Ursache dafür, dass Enders nun das Todesglöckchen läuten muss. Das Projekt A380 war das Renommierprojekt der europäischen Fliegerei. Es wird kolportiert, dass vor allem Politiker aus der Grande Nation den US-Amerikanern und dem Rest der Welt zeigen wollten, dass sie den Größten unter den Fliegern haben. So zeigt der Fall A380 exemplarisch, dass das technisch Machbare nicht unbedingt mit dem ökonomisch Sinnvollen gleichzusetzen ist.

Gerechtfertigt wurde der Gigantismus mit der Aussicht auf ein massives Wachstum des Luftverkehrs, der vor allem mittels Drehkreuz-Airports (Hub) funktionieren sollte. Der Luftverkehr ist zwar gewachsen, doch die Hubs haben längst nicht die Bedeutung, die einst hochgerechnet wurde.

Zudem es gibt unter anderem logistische Probleme, ausreichend Passagiere mittels Zubringerflügen zu den Doppeldeckern zu bringen. Fluggäste in sehr großer Zahl sind aber nötig, um den A380 lukrativ zu betreiben, zumal

er von Anfang an mit massiven Gewichtsproblemen und deshalb mit enormem Spritdurst zu kämpfen hatte – die Riesen-Flügel waren für eine Langversion für 1000 Passagiere gedacht, die aber nie gebaut wurde.

Bestellungen für den Standard-A380 sind indes im großen Stil storniert worden. Gleichwohl hatte Airbus nach eigenem Kunden 2015 die eigenen finanziellen Aufwendungen für die Entwicklung des A380 wieder eingespielt und damit die Gewinnschwelle erreicht. Allerdings war das nur möglich, weil dem Konzern mit staatlicher Unterstützung in Milliardenhöhe unter die Arme gegriffen wurde.

Die Subventionen sind so gestrickt, dass Airbus zinsgünstige Darlehen von mehreren europäischen Regierungen erhielt. Mit jeder verkauften Maschine wird ein weiterer Teil der Kredite abgestottert. Die vorzeitige Einstellung des A380-Programms bringt deshalb nun einen Verlust für den deutschen Staat. Die deutsche Regierung hat die Maschine nicht gekauft, sondern nur die Entwicklungskosten übernommen. Die Maschine ist in der Entwicklung. Die Maschine ist in der Entwicklung. Die Maschine ist in der Entwicklung.

Was aber nicht heißt, dass der Staat die Finger von Subventionen für die Luftfahrt lassen soll. Im Gegenteil: Die Entwicklung neuer Passagiermaschinen ist so riskant und teuer, dass ein Flugzeugbauer allein das nicht stemmen kann.

Staatliche Unterstützung ist notwendig. Nur muss diese Form der Industriepolitik in die richtige Richtung gehen, darf nicht von nationalem Renommiergehabe und fragwürdigen Prognosen getragen werden. Zugegeben, das ist gerade in der Luftfahrt nicht unbedingt einfach. Doch beim A380 war vom US-Rivalen Boeing von Anfang an zu hören, dass sich das Projekt niemals rechnen kann.

Die Amerikaner setzten auch stattdessen auf neue kleine, effiziente Langstreckenjets wie den 787 Dreamliner. Das sind genau die Maschinen, die heute gebraucht werden. Und da gibt es viel technisches Potenzial, um Flugzeuge noch erheblich sparsamer und damit klimafreundlicher zu machen. Mit Leichtbaumaterialien für Rumpf und Flügel, mit hocheffizienten Antrieben, die eines Tages zumindest zum Teil elektrifiziert werden. Staatliche Hilfen für Innovationen in diese Richtung wären industriepolitisch der richtige Griff, da sie auf Nachhaltigkeit statt Gigantismus setzen. Berichte S. 14/15



Frank-Thomas Wenzel

TRUMPS MAUER

Krise der Demokratie

Von Karl Doemens

Die Niederlage war gewaltig: 5,7 Milliarden Dollar hatte Trump vom Kongress für den Bau der Grenzmauer zu Mexiko gefordert, doch beide Parteien machen gerade mal ein Viertel davon locker. Das kann er nicht auf sich sitzen lassen. Also holt der US-Präsident nun den ganz großen Hammer heraus: Er will das Haushaltsgesetz zwar unterzeichnen, zugleich aber trotz Warnungen der eigenen Partei den Nationalen Notstand ausrufen. Damit kann er sich selbst das Geld für den Mauerbau genehmigen. Seit Wochen hat er rhetorisch aufgerüstet. Er hat Migranten als Verbrecher diffamiert und Verzweifelte zu Invasoren umgedeutet. Nun fabriziert er einen Notstand.

Tatsächlich gibt es Probleme an der Grenze. Sie haben viel mit der schlechten Lage in vielen lateinamerikanischen Staaten und dem wirklichkeitsfremden US-Einwanderungsrecht zu tun. Von einem Ansturm aber kann keine Rede sein – im Gegenteil: Die Zahl der aufgegriffenen Migranten ist seit der Jahrtausendwende von 1,6 Millionen auf 396 000 im vorigen Jahr gefallen. Trotzdem setzt Trump die Gewaltenteilung außer Kraft. Längst ereignet sich die eigentliche Krise nicht mehr an der Grenze. Sie ist im Herzen der amerikanischen Demokratie angekommen. Bericht S. 9

ORGANSPENDE

Das reicht noch nicht

Von Ursula Rüssmann

Deutschland tut endlich einen Schritt: Um aus dem Tief bei Organspenden herauszukommen, werden die Kliniken, die toten Spendern Organe entnehmen, stärker unterstützt und ihre Strukturen verbessert. Die Botschaft ist klar: Dass täglich drei Menschen sterben, weil zu wenige Organe bereitstehen, darf nicht so bleiben.

Doch mehr Geld und Organisationsreformen reichen allein nicht. Wenn 80 Prozent der Bürger spenden würden, aber nur ein Drittel einen Ausweis hat – dann muss der Spenderwille anders erfasst werden. Der Bundestag muss die wichtigste Weiche erst noch stellen: Der goldene Weg wäre die Widerspruchslosigkeit, akzeptiert und erfolgreich in fast allen Staaten Europas. Danach gilt als Spender, wer nicht explizit widerspricht. Konzepte wie das von den Grünen auf den Weg gebrachte, wonach man beim Beantragen eines Ausweises nach dem Spenderwillen gefragt wird, würden erst nach Jahren wirken. Die Gegner der Widerspruchslosigkeit warnen gern vor dem damit verbundenen Entscheidungszwang – sie sollten aber bedenken: Wer sich heute nicht entscheiden will, könnte schon bald selbst als Schwerstkranker auf ein Spenderorgan angewiesen sein.